

Der Abend

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 88 Pf. pro Woche, 3,60 M. res. Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Hauptzeile
60 Pf., Reklamezeile 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhoff 292 bis 297

Ruhiger Reichstag

Mißtrauensantrag der Wirtschaftspartei gegen die Regierung

So ruhig wie er gestern begonnen und ebensogut polizeilich geschützt wie gestern, nahm der Reichstag heute um 12 Uhr die erste Lesung des Reichshaushaltsgesetzes für 1931 wieder auf. Als einer der ersten war Reichskanzler Brüning auf seinem Platze erschienen, die meisten anderen Minister folgten ihm nach.

Die heutige Debatte begann mit einer Rede des Sozialdemokraten Keil, die sowohl von der Mitte des Hauses wie auch von den beiden mittleren Flügeln mit lebhaftem Interesse aufgenommen wurde. Keil ist in diesem Reichstage der vielen Neulinge ein Vertreter der alten politischen Kultur der Sozialdemokratischen Partei. Er hat neben Bebel, Bollmar und Ludwig Frank schon im Reichstag geredet und viele glänzende Staatsreden gehört und selber schon gehalten.

Keil begann mit einer Schilderung des trostlosen Zustandes, in dem die demokratische Republik das Erbe des Kaiserreiches antreten mußte, und übte an der seither betriebenen falschen Politik als einer der besten Sachverständigen gründliche Kritik, wobei er auch der gegenwärtigen Reichsregierung nichts schenkte. Als er dann auf die Aera der Notverordnungen und auf das Verhalten der Parteien bei Beratung dieser Verordnungen im Haushaltsausschuß zu sprechen kam, gab es die erste etwas stürmische Szene, bei der sich der Kommunist Neubaur zwei Ordnungsrufe holte. Keil sprach dann unter allgemeiner Aufmerksamkeit weiter und setzte unter lebhafter Zustimmung seiner Freunde die Gründe auseinander, weshalb die Sozialdemokratie eine positive Verbesserung der vorliegenden Notverordnungen einer totalen Aufhebung vorgezogen hat.

Nach Keil steht der nationalsozialistische Wirtschaftstheoretiker Feder, der neuerdings wieder durch seine Entdeckungen an den deutschen Reichsmünzen so heiteres Aufsehen erregt hat, auf der Rednerliste. Es folgen der Kommunist Stöcker und der Zentrumsmann Erasing und der Deutschnationale Bang. Man erwartet, daß heute der Reichskanzler Brüning das Wort ergreifen wird.

Wirtschaftspartei rebelliert.

Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung.

Die Wirtschaftspartei hat im Reichstag einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingebracht. Der Wirtschaftsparteiler Prof. Bredt ist aber noch immer Reichsminister, und es wird offiziell festgestellt, daß er sich von den Beamten des Reichsjustizministeriums nicht verabschiedet hat, was die Wirtschaftspartei behauptete.

Keil spricht im Reichstag.

Die Stellung der Sozialdemokratie zum Reichsetat.

Der Reichstag beginnt heute um 12 Uhr mit der Debatte über den Haushaltsplan 1931 und die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen vom Juli dieses Jahres. Das Reichstagsgebäude steht wieder unter starkem Polizeischutz.

Als erster Redner in der Debatte spricht

Abg. Keil (Soz.):

Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den Notverordnungen ist gerade in dieser schweren Zeit am allerwenigsten von Agitationsrücksichten beeinflusst, sondern geschieht unter gewissenhafter Prüfung aller sozialwirtschaftlichen und politischen Dinge.

Die ungeheure wirtschaftliche und menschliche Not von Millionen Volksgenossen kann durch politische Geräusche nur gesteigert, aber nicht gelindert werden. Nicht um die Schuldfrage aufzurufen, sondern um die gegenwärtige Situation zu erklären, stelle ich folgendes fest:

Als vor zwölf Jahren die Deutsche Republik ins Leben trat, fand sie vor einem Trümmerhaufen.

Der Krieg hat rein finanziell das deutsche Volk 150 bis 200 Milliarden Verschuldet.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Sie wollen wieder puttschen!

Hauenstein will in Oberschlesien ein Feuerchen anzünden

Gleiwitz, 4. Dezember.

In Gleiwitz fand am Mittwochabend eine stark besuchte Kundgebung statt, zu der die Deutschnationale Volkspartei, die Nationalsozialisten und eine Reihe nationaler Verbände eingeladen hatten. Der frühere Freikorpsführer Hauenstein und Hauptmann a. D. Bogt sprachen über die Vorgänge in Ostoberschlesien. An den Reichspräsidenten von Hindenburg wurde folgendes Telegramm gefandt:

In Gleiwitz versammelte Tausende nationaler Männer und Frauen bitten, da trotz Zusagen die Maßnahmen der Regierung völlig unzureichend, aus tiefster Erbitterung über polnische Greuel unseren Feldmarschall um persönliches Eingreifen zum Schutze der Deutschen in Ostoberschlesien. Regierung hat bedingungslos Wiedergutmachung entstandener Schäden, Bestrafung der Schuldigen und Sicherung gegen Wiederholung polnischer Greuelthaten zu verlangen, nötigenfalls Wiedervergeltungsmassnahmen durchzuführen. Wir fordern, da Gefahr keineswegs gebannt, Aufstellung eines Selbstschutzes aus den Reihen der nationalen Bevölkerung Ostdeutschlands.

Sie sind sofort wieder da, die Butschorganisationen, die unter der nationalen Wackelformation gegen die Republik bilden wollen! Ausgeredet Heinz Hauenstein und die Seinen! Sie wollen aus der Ostoberschlesienjäre Kapital schlagen, sie wollen ein Feuerchen anzünden, an dem sich das deutsche Volk böse die Hände verbrennen würde!

Dies Provokationstreiben schädigt die Sache des Deutschlands in Ostoberschlesien.

Herr Heinz Hauenstein und jene Getreuen SA-Leute, denen von der Polizei die Waffen abgenommen wurden, sind vom gleichen Schlag!

Hitler will sich von der Verantwortung drücken.

Hitler möchte nach Redungen der Rechtspresse von dem Jäschkowitzer Nazi-Unternehmen abrücken, nachdem seine Getreuen sozusagen in flagranti erlappt wurden. Er soll aus Berlin ein Telegramm gefandt haben, wonach der Beschluß der politischen

Leitung der Partei, jeden rücksichtslos aus der Organisation zu entfernen, der illegale Mittel im politischen Kampf anwende, im Jäschkowitzer Fall zur Anwendung gebracht werde.



Schloß Jäschkowitz

Hier verhaftete die Breslauer Polizei 350 Nationalsozialisten und nahm ihnen Waffen und kriegsmäßige Ausrüstung ab.

Hitler glaubt, sich auf solche Weise ein bequemes Alibi schaffen zu können. In Wahrheit ist er selbstverständlich für die Breslauer SA verantwortlich.

Sakenkreuztrach in München.

München, 4. Dezember.

Am Mittwochabend kam es zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf mit Pfastersteinen geworfen wurde. Beim Herannahen des Ueberfallkommandos ergrißen die Streitenden die Flucht. Ein Kommunist konnte festgenommen werden.

Schlichtung im Reichsbahnkonflikt.

Der Reichsarbeitsminister bestellt einen Vertreter.

In dem Konflikt bei der Reichsbahn, wo die Gewerkschaften die Wiederherstellung des Achtstundenlages fordern, während die Hauptverwaltung trotz Arbeitslosigkeit an der „zusätzlichen“ Arbeitszeit von 8 1/2 und 9 Stunden festhält, hat der Reichsarbeitsminister heute den bekannten Dr. Böllers aus Bremen zum Schlichter bestimmt. Herr Stegerwald will also selbst entscheiden.

Explosion fordert 36 Opfer.

Dynamitwagen in die Luft geflogen.

Rio de Janeiro, 4. Dezember.

Nach einer Meldung der „Associated Press“ wurden auf der Bahnstation Novo da Cunha im Staate Minas Geraes durch die Explosion eines mit Dynamit beladenen Güterwagens 36 Personen getötet und drei Gebäude zerstört.

Komm auf mein Schloß zu mir!

Zu den Verhaftungen auf Schloß Jäschkowitz bei Breslau



„All diese harmlosen Leute haben sich aus Angst vor einem Linksputsch zu mir gesüßelt“

Reil spricht im Reichstag.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

(Völkeralien) Nazirufe bringt der Redner energisch zum Schweigen.) Man hatte sich auf die Kriegenscheidung verlassen und nichts zur Deckung der Kriegskosten getan. Zwei Millionen kriegsfähige deutsche Männer waren gefallen, 700 000 Witwen, 1 1/2 Millionen Waisen waren übrig, 4 1/2 Millionen Männer hatten ihre Arbeitsfähigkeit ganz oder zum Teil eingebüßt, 1 1/2 bis 1 1/4 Millionen Kriegsbekindete waren auf die Versorgung durch das finanziell verblutete Reich angewiesen. Heer und Heimat waren ausgehungert und zu Tode erschöpft. Die Kassen waren leer oder richtiger, sie waren überfüllt mit Schuldverpflichtungen.

Die Moral des Volkes war zerrüttet, ein großes Heer von Kriegesleuten und Kriegesleidenden hatte das verursacht.

Die die Männer, die sich dazu bereit fanden, antreten mußten. (Nazirufe: Ruhest! Ja wohl, durch der Geschichte ehernes Ruh dazu verurteilt. (Rufe links nach rechts hinüber: Wo waren denn die damals?)

Feindliche Heere rüdten tief in deutsches Land, die unversicherten deutschen Gebieten waren von peinigender Invasion bedroht, wenn nicht rasch der Waffenstillstand geschlossen wurde, den selbst Hindenburg und Ludendorff als unabwendbar bezeichnet haben.

Wer weiß, was aus dem Deutschen Reich und Volk geworden wäre, wenn nicht alsbald die Nationalversammlung das neue Staatsgefüge in Gestalt der demokratischen Republik errichtet hätte.

(Schnurze der Nazi und Kommunisten.) Auch danach hat es im Lager der Gegner an Gelüsten und Versuchen nicht gefehlt, das Deutsche Reich zu zerstücken. Die demokratische Republik hat allem erfolgreich Trotz geboten, sie hat den Wahnwitz der Belastung Deutschlands mit phantastischen Entschädigungen niedergezwungen, sie hat die Gegner genötigt, ihre Unvernunft zu zähmen, sie hat die Stahrbefehle überwunden und sie hat sich eingeschaltet in den Völkerverbund, in den Rat der Nationen.

In alten Staat war das Volk nicht zur Selbstbestimmung gezogen worden. Dagegen in der Republik das Volk durch innere Wirren und zügellose Parteikämpfe hin und her geworfen wurde, ging es vorwärts. Die Deutsche Republik durfte hoffen, mit der Neuordnung der Reparation und der Räumung des noch besetzten Gebietes wieder einen Schritt vorwärts zu tun — als sie von einer Wirtschaftskrise ungeheuersten Mafes erfaßt wurde. Diese Krise trifft nicht Deutschland allein, aber Deutschland besonders hart, weil sie zu den Kriegswirkungen und zu der einseitigen finanziellen Belastung hinzutritt. Die Krise hat auch die politischen Gegensätze verschärft und damit die Not des Volkes und besonders der Arbeiterklasse gesteigert.

In diesen verschärften Kämpfen treten die Gegensätze der Interessen der Klassen noch schärfer als vorher zutage. Mangelndes Verständnis für die Lebensbedürfnisse der Arbeiterklasse, Gegensatz gegen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung und die Mitbestimmung der Beschloenen, Haß gegen den Sozialismus, dessen Notwendigkeit die wirtschaftliche Entwicklung immer klarer beweist, führten zur Ausschaltung der Sozialdemokratie, der stärksten Partei Deutschlands aus der Reichsregierung.

Das hat zu den ungeheuren Spannungen beigetragen, die durch die finanziellen Folgen, nämlich durch die falsche Staatspolitik seit 1925, durch die bewußte Defizitpolitik von 1929 verschärft wurden. Das Kabinett Hermann Müller hatte für 1929 eine volle Deckung des Staats vorgeschlagen, die ihr der Reichstag nicht bewilligt hat. Man träumte von großen Steuererhöhungen, man verfügte zu früh über die Reparationsersparungen, die nachher durch die Folgen der wirtschaftlichen Depression aufgezehrt wurden. Die finanzielle Not hätte 1930 trotz der Krise nicht dieses Maß erreicht, wenn jene Fehler 1929 vermieden worden wären.

Die staatliche Not versuchte man einzudämmen durch einseitige Belastung der breiten Massen mit Steuern und übersteigerten Forderungen auf Nahrungsmittel. Dies sowie die Lohnsenkungen und Arbeiterentlassungen haben zur Einschränkung des Verbrauchs und zur Verschärfung der Krise geführt.

Von diesem Geist war die Politik des Kabinetts Brüning im April und im Juli erfüllt. Die Reichstagsauflösung und die starken Erschütterungen des politischen Lebens hätten sich vermeiden lassen, wenn damals die zur Mitarbeit bereiten Kräfte der Sozialdemokratie nutzbar gemacht worden wären. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Gegenrufe der Flügelparteien.)

Die Vernachlässigung der Interessen der Beschloenen tritt auch in den neuen Notverordnungen und im Haushaltsplan hervor. Von der Ausgabenreduktion fällt die Hälfte auf soziale Zwecke. Bei der Arbeitslosenversicherung sucht man den Ausgleich in erhöhten Beiträgen, und den Rest werden die Gemeinden zu decken haben. Es mag richtig sein, daß eine Versicherungseinrichtung sich selbst decken muß. Aber die Versorgung der gegen ihren Willen zum Heiern Verurteilten, der 3 1/2, vielleicht demnächst schon 4 oder 5 Millionen Erwerbslosen mit ihren Angehörigen ist nicht mehr inierne Angelegenheit der Arbeitslosenanstalt, sondern ein staatspolitisches Problem allerersten Ranges. (Lebhafte Zustimmung der Soz.) In seinem eigenen Interesse hat der Staat dafür zu sorgen, daß diesen Millionen, die durch die Unwahrscheinlichkeit, wieder in gesicherten Verhältnissen zu kommen, festlich zermürbt werden, das Existenzminimum gemährt wird.

Das war der Grundgedanke bei der Schaffung der Arbeitslosenversicherung, wo man allerdings von einem solchen Umfang nichts geahnt hat. Aber diese Verschlimmerung kann doch kein Grund sein, daß das Reich sich von seiner Sicherheitsleistung befreit, sondern im Gegenteil sie erst recht empfindet. Darum hatten wir den Grundgedanken des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auch heute noch für richtig.

Im anderen Teile des Haushaltsplanes sehen wir nicht dieselbe rückwärtslose Sparfameit, so beim Heeresetat. Man braucht kein grundsätzlicher Gegner der Wehrmacht zu sein, und kann doch meinen, daß der finanzielle Aufwand für das kleine Heer übertrieben hoch ist.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt keine Verminderung unseres Heeres, um so weniger, als die anderen Großstaaten sich der Abrüstung hartnäckig widersetzen. (Lebhafte Zustimmung im ganzen Hause.) Wir wollen auch die Schlagfertigkeit des Heeres nicht verringern, noch weniger die Versorgung der Mannschaften einschränken. Aber zahllose Postulanten des Heeresetats können beträchtlich gekürzt werden, ohne daß solche Wirkungen eintreten. Darüber wird in der Einzelberatung zu reden sein.

Die Notverordnung vom Juli haben wir hauptsächlich aus verfassungsmäßigen Gründen bekämpft. Seldner lassen sich die damals begangenen Fehler nicht mehr vollständig gutmachen. Die Wiederumsetzung wäre nützlich gewesen, wenn die Mehrheit der deutschen

Bähler sich am 14. September hinter die Sozialdemokratie gestellt hätte. (Ironische Jurisde ganz rechts und ganz links.) Die Regierung ist von ihrer These der Unabänderlichkeit der Notverordnungen abgegangen.

Wir haben das zur Aenderung der Notverordnungen getan, was im sozialen Interesse notwendig war.

Regierungsparteien gegen Regierung

Die Sozialdemokratie ist nicht völlig zufrieden mit den Ergebnissen ihres Kampfes. Das liegt an den parlamentarischen Machtverhältnissen. Wir hätten allerdings mit den Nationalsozialisten und den Kommunisten im Haushaltsausschuß leicht eine Mehrheit für die völlige Aufhebung der Notverordnungen finden können, aber wir hätten damit den notleidenden Arbeitern einen schlechten Dienst erwiesen, weil dann kein Pfennig für die Arbeitslosen und Krisenunterstützten in den Reichskassen gewesen wäre. Eine neue Regierung hätte sich noch den parlamentarischen Verhältnissen fähig bilden lassen, um unsere Wünsche zu erfüllen. Trotz der Verwandtschaft der Kampfmethoden der Nationalsozialisten und der Kommunisten ist wohl eine gemeinsame Regierungsbeteiligung zu positiver Arbeit bei den beiden Parteien unmöglich. Die Regierung hat sich bei der Durchführung ihrer jetzigen Finanz- und Staatspläne derselben Methoden wie im Juni bedient. Wir bestreiten es nicht (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Ja!), daß die Krise sich seit Juli noch verschärft hat.

Das schadet aber nicht der Hauptgrund der Regierung gewesen zu sein, warum sie wieder den Weg der Notverordnungen beschritten hat, sondern sie hatte offenbar nicht mehr die Hoffnung, eine Mehrheit für ihre Pläne zu finden.

Ich stelle ausdrücklich fest, daß die Sozialdemokratie bisher nicht in die Lage gekommen ist, durch ihr Votum zu den neuen Regierungspartnern Stellung zu nehmen. Die Regierung scheint ihrer allgemeinen parlamentarischen Stützen nicht mehr sicher zu sein.

Es ist eine eigene Sache mit den sogenannten Regierungspartnern: Die eine kennt keine Fraktionsdisciplin, die andere will mit der Regierung überhaupt nichts zu tun haben.

Die Wirtschaftspartei ist ausgebrochen, weil die Regierung ihre wüsten Angriffe auf den Mieterschutz nicht mitmachen will. Ihr offizieller Verbindungsmann zur Regierung hat allerdings die Brücken noch nicht ganz abgebrochen. Die Wirtschaftspartei hat ihren Schritt damit begründet, daß wichtige Lebensinteressen des gesamten deutschen Volkes durch die Regierung gefährdet würden. Ich weiß nicht, seit wann die Wirtschaftspartei Vertreterin wichtiger Lebensinteressen des deutschen Volkes ist.

Als im Reichstag von dem heutigen Finanzminister das erwähnte Wort von dem Interessentenhaufen gebraucht wurde, da wandten sich die Blide der meisten Mitglieder des Hauses zu den Bänken der Wirtschaftspartei.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den neuen Notverordnungen ist noch nicht endgültig festgelegt. Wir bestreiten allerdings selbst bei einer Aufhebung der neuen Notverordnungen darauf, daß die von uns erlangten Verbesserungen der alten Notverordnungen nicht wieder beseitigt werden. Wir halten auch die Finanzsanierung, wie sie die Regierung plant, für dringend notwendig. Die Kürzung der Einnahmen der Gemeinden bringt allerdings die durch die Wohnfahrzeuglasten stark belasteten Gemeindefinanzen in noch viel größere Gefahr.

Wenn die Beträge für die Krisenfürsorge gekürzt werden, dann müssen den Gemeinden die notwendigen Mittel für die Erweiterung der Wohnfahrzeugfürsorge gegeben werden.

Wir bedauern es, daß die Regierung nicht die von uns vorgeschlagene Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer für Einkommen über 8000 Mark von 5 auf 10 Prozent mit in Anwendung gebracht hat.

Die Bürgersteuer hat ihren Charakter als rohe Kopfsteuer verloren. Die Staffelung und die Befreiung großer notleidender Volksteile ist eine Verbesserung dieser Steuer. Wenn die Kommunisten so vernünftig gewesen wären, uns bei diesem Kampf zu unterstützen, so hätten wir noch weit mehr für die ärmere Bevölkerung herausholen können. (Lärm bei den Kommunisten.)

Die Erhöhung der Getränkesteuer und der Tabaksteuer halten wir für sehr bedenklich. Wir verstehen es nicht, warum nicht endlich das von uns vorgeschlagene Projekt eines Tabakmonopols verwirklicht wird. Die Erhöhung der Belastung besonders für Zigarren, der Verpackungszwang besonders für Zigaretten sind sehr bedenkliche Mittel. Die Begrenzung und Senkung des einzigen bisher beweglichen Faktors der Gemeindefinanzen der Kopfsteuer gefährdet die kommunale Unterstützung der Bauwirtschaft.

Der Wohnungsbau, ein wichtiger Faktor bei der von der Regierung versprochenen Arbeitsbeschaffung wird durch diese Beschränkung der Gemeindefinanzen gefährdet.

Das Regierungsprogramm läuft also eher auf eine Arbeitseinschränkung statt auf die Arbeitsbeschaffung hinaus.

Noch viele andere Maßnahmen der Regierung wirken krisenverschärfend statt krisenmildernd. Wir erkennen die grundsätzliche Notwendigkeit der Gehaltskürzungen in einer solchen Krisensituation an. Aber es wäre richtiger gewesen, eine stärkere Staffelung nach oben vorzunehmen. Jedenfalls wirkt die Gehaltskürzung kaufkraftmindernd. Die von der Regierung in Angriff genommene Preisfestsetzung hat bisher nur mikroskopische Wirkungen gehabt.

Um 1 Uhr spricht Reil noch weiter. Er wendet sich aufs schärfste gegen die Lohnsenkungs politik der Regierung, mit der die Preisfestsetzung keineswegs Schritt hält. Mit der Preisfestsetzung verträgt sich auch nicht die Agrarpolitik der Regierung. Gegen sie, namentlich gegen die neuen Bestimmungen, gegen den Futtergerstenzoll, erheben wir den entschiedensten Widerspruch.

Wir werden tun, was an uns liegt, um durch Initiativgesetze auf steuerlichem Gebiet die soziale Gerechtigkeit besser zur Geltung kommen zu lassen, um Kartelle und Monopole und Bodenwucher zu bekämpfen. Wir wissen aber, daß die Hauptursache dieser Krise im Versagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegt, die keine Ordnung, sondern eine Anarchie ist. Wir bekennen uns zur organisierten Gemeinwirtschaft, zum Sozialismus, dessen Ziel wir ohne Erschütterungen und Katastrophen erstreben. Dazu, und um den Frieden innen und außen zu wahren, bedarf die Arbeiterklasse der Demokratie.

Die Demokratie ist nicht tot, nicht zum erstenmal sind diesmal in kritischer Zeit Rechte des Reichstags beschränkt worden. Auch diesmal wird er sich wie bisher noch immer seine Rechte ganz zurückholen. Bei unseren Entscheidungen wird uns die Rücksicht auf die notleidenden Massen unseres Volkes leiten und keine andere. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen der Sozialdemokraten.)

Dann beginnt der Nationalsozialist Feder seine Rede mit einem Protest gegen Blutletten, die von Kommunisten an seinen Parteigenossen verübt worden seien. Die Kommunisten weisen in lebhaften Gegenrufen auf die zahlreichen Opfer des nationalsozialistischen Terrors hin, die aus ihren Reihen gefallen sind.

Zwei Frauen erschossen

Raubmord an der deutsch-polnischen Grenze

Königsberg i. Pr., 3. Dezember.

Nach einer Meldung aus Lyda wurde am Dienstagabend in Soldatzen die Leiche eines etwa 25 Jahre alten Mannes gefunden. Am selben Tage nachmittags wurde in Polen auf der Straße nach Kolna ein Raubmord verübt.

Ein Fuhrwerk, auf dem sich der Kutscher, ein Lehrer mit seiner Frau und noch eine zweite Frau befanden, wurde von zwei Polen überfallen. Die Polen erschossen beide Frauen und verletzten den Lehrer schwer. Sie raubten den Ueberfallenen eine Tasche mit

3000 Zloty, spannten die Pferde aus und ritten davon. Der Kutscher, der sich in Sicherheit bringen konnte, benachrichtigte die Polizei, die den Wördern nachstellte. Diese erreichte die Wörder an der deutschen Grenze und schloß ihnen die Pferde unter dem Leib fest. Es gelang den beiden Männern jedoch, die deutsche Grenze in der Gegend von Dlatowen zu überschreiten. Es wird nun angenommen, daß die gefundene Leiche die eines der Raubmörder ist. Die Mordkommission hat sich nach Soldatzen begeben, um den Fall aufzuklären.

Christus ohne Gasmaste.

Auf Oberammergauer Art gespielt!

Im George Grosz-Prozess distularen zum viertermal die Sachverständigen darüber, ob die Darstellung des Gekreuzigten mit Gasmaste eine Gotteslästerung sei.

Derweit hat sich vor dem Arbeitsgericht in Garmisch etwas wirklich Gotteslästerliches vollzogen: Der berühmte Christus-Darsteller von Oberammergau, Anton Lang, war von seinem Personal verklagt, weil er die von seinen Sommergästen eingeforderten Badelanagementsprojekte für sich behalten hat. Diese Woge erwieb sich als durchaus begründet. Herr Lang macht, wie alle Ammergauer Berühmtheiten in der Spielzeit als Bogiswirt nebenbei ein glänzendes Geschäft. Amerikaner usw. zahlen mit Bonne höchste Preise, um dahelmit sich rühmen zu können, daß sie bei „Christus“ logiert hätten. Natürlich vergeht Herr Lang als guier Hausvater nicht, auf seine Logispreise die Bedienungspersonale aus, sondern kocht sie in die eigene Tasche. Das Arbeitsgericht verurteilte Herrn Anton Lang zur Zahlung von 2000 Mark an vier Hausangestellte.

In der Bibel steht geschrieben: „Wer seinem Arbeiter den Lohn vorenthält, der ist ein Bluthund.“ Herr Anton Lang würde es zwar als einseitige Blasphemie empfinden, wenn er den Christus mit einer Gasmaste spielen sollte. Doch er aber als öffentliche Verkörperung der höchsten Unelgammigkeit und Nächstenliebe dahelmit seine Hausangestellten um ihren Lohn bewuchert, das finden er und sein Anhang durchaus in der Ordnung.

In den Prospektien wird verkündet, daß die Schauspieltruppe der Oberammergauer aus ihrer inneren Herzensinnigkeit und

wahrhaft christlichen Gesinnung stamme. Herr Anton Lang, der Christus-Darsteller, von dem kein Gesinde vor dem Arbeitsgericht seinen Lohn herauslagern muß, liefert den Beweis.

Wenn die Frommen im Lande wirklich wissen wollten, was Gotteslästerung ist, hier hätten sie ein Mutterbeispiel. Wer von beiden ist der Gotteslästerer? Der Maler, der in ehrlicher Absicht gegen den Krieg den Gekreuzigten mit den Attributen des in den Tod gehenden Kutschers darstellte oder der bauernschlaue Christus Lang, der die Kreuzigungszone spielt, wie das Herkommen sie erfordert, und dann hinterher wie einer der von Christus aus dem Tempel geklagen Beschler sich auf Kosten seiner armen Hausangestellten bereichert?!

Frenzel hungert nicht mehr.

Beschleunigte Fertigstellung der Urteilsbegründung.

Frenzel hat in den Abendstunden des gestrigen Tages, nachdem sich seine erste Aufregung über seine erneute Verurteilung etwas gelegt hatte, sich bereit erklärt, Nahrung zu sich zu nehmen. Er will dies auch weiterhin tun. Er erhält neben seiner Gefängnislohn noch Lebensmittel, die ihm seine Frau bringt. Die schriftliche Begründung des Urteils, von der für die Entscheidung des Kammergerichts über die Haftbeschwerde der Verteidigung alles abhängt, soll nun beschleunigt fertiggestellt werden, damit keine unnötige Verzögerung eintritt. Das ausführliche Urteil dürfte binnen einer Woche vorliegen.

Schwarzheuter in Brasilien. Die Gründung einer „Italiens nach den italienischen Grundgesetzen mit dem Namen „Oktobereigen“ wird von Ministern der neuen Regierung offiziell bekräftigt.

Rummel im Winter

Wenn die Not tanzen geht

Umweit der Hauptverkehrsstraße, ein kleiner Park, eigentlich ein paar Wege nur mit etwas Gras dazwischen; an Sommerabenden wandeln Liebespaare hier. Aber jetzt ist es schon zu kalt zum Wandeln, die Liebespaare haben sich in die Kinos geflüchtet, der Park wird deswegen schon um 8 Uhr geschlossen. Jedoch daneben ist lauter Betrieb. Unbefindbare Musik löst herüber, ein musikalisches Getöse mehr, beim Näherkommen hört man Stimmengewirr, einzelne laute Rufe. Hinter einem Bretterzaun spielt sich das Ganze ab, und über dem Eingang steht „Bergnügungspark“.

„Glück“ und „Abenteuer“.

Das brüllt durcheinander, der ganze Platz ist mehr in Geheul als in ein spärliches Licht gehüllt. Aber die geringe Beleuchtung ist gut so, denn es sieht alles recht armselig aus, von Wind und Wetter arg mitgenommene Bretterbuden, die Zeltdächer sind oft gefüllt. Ein paar „Glücksbuden“, eine Erfrischungshalle, eine russische Schaufel, eine „Schau seltsamer Abenteuer“ — aber die ist geschlossen —, eine Puffschaukel eine schwebende Tanzbühne und in der Mitte die besondere Attraktion: eine etwa 10x15 Meter große Fläche, darauf kleine einflügelige Wagen, die durch eine Zuleitung mit der Stromgefäßlichen Decke in Verbindung stehen. Wird der Strom eingeschaltet, kann man mit dem Wagon fahren wie mit einem Hanomag, nur mit etwas mehr Getöse. Hier ist andauernd Betrieb.

Die Draußenstehenden tauschen sachverständige Bemerkungen aus. Es sind fast alles halbwegsige Jungen, viele mit einer traurigen Eleganz gekleidet, aber trotz der Kälte ohne Mantel — und das sicher nicht aus Uebermut. Arme Kerle, die nicht wissen, was sie mit sich anfangen sollen. Zu Hause — wenn sie ein Zubehörlin haben — ist es ungemächlich und langweilig. Geld haben sie nicht, es reicht nicht einmal fürs billige Dreißigpfennig-Kino oder für die Kneipe. Im „Bergnügungspark“ kann man sich schließlich auch ohne Geld aufhalten, zusehen kostet nichts. — — —

„Lachen ohne Ende.“

Mädchen sieht man hier wenig, die sind drüben in der „schwebenden Tanzbühne“. Ein Plakat verheißt „Lachen ohne Ende“, für einen Groschen kann man hinein und gelangt in ein seltsames und merkwürdiges Tanzlokal. Eine große runde Scheibe, die Tänzler, befindet sich in Mannshöhe in drehender und schaukelnder Bewegung. Das Tanzbündchen kostet für Herren 25 Pfennig, für Damen 15 Pfennig. Oben auf der Scheibe stehen und schweben sie nach den Klängen einer drei Mann starken Kapelle; irgendwo steht angehängt: „Das Betreten der Tanzfläche geschieht auf eigene Gefahr“. Unten sieht man an Tischen und ruht sich aus. Verzehrt

wird hier nichts, obwohl ein anderes Plakat aufmerksam macht: „Tische und Stühle sind nur zu Restaurationszwecken zu benutzen“. Daneben steht „Damen ist das Rauchen verboten“; sie sind hier sehr still, bewegen ist auch „Ändern des Betretens der Tanzfläche nach 8 Uhr verboten“. Aber die Damen denken nicht ans Rauchen, sie sind glücklich und tanzen ununterbrochen, vergessen die Mühsal der Arbeit oder die zermürbende Langeweile der Arbeitslosigkeit. — Fast alle haben den Mantel anbehalten, obwohl „Kleine Garderobe 5 Pfennig, große Garderobe 10 Pfennig“ nur kostet. Aber für viele werden die 25 oder 35 Pfennig Eintrittsgeld und Tanzbändchen schon Opfer und Verzicht auf vielleicht Wichtigeres und Notwendigeres bedeuten — für 25 Pfennig bekommt man ein Mittopfeffer in der Volkstänze. — Aber das Leben ist hart und nur wenige freuen es, und wir wollen uns alle einmal vergnügen. Die jungen Burshen und Mädchen, denen man Entbehrung, Arbeitslosigkeit ansieht, sind mit Ausdauer dabei, Rot und Glend ihrer Tage zu vergessen. Musikpreise und Geheul der Ausrufer überdient den kurzweiligen Wogen. Man konzentriert an den Buden vorbei. Die ab der schlechten Geschäftsloge verzeffelsten Verkäufer und Schausteller, deren Keufers ebenfalls kein glänzendes Leben vermuten läßt, suchen vergeblich Käufer und Schaulustige anzulocken. Nicht höher als 10, 20 Pfennig ist der Eintrittspreis, aber nur selten steigt einer hinein, um den Kraftmenschen zu bewundern oder die schaurigen Sachen im „Mystikum“ zu sehen. „Mystikum“ ist laut Anschlag „gut geholt“, das war schon ein Grund hineinzufragen. Und wen könnte es nicht verlocken, den Kraftmenschen zu sehen, der frisch-fröhlich Steine zwischen seinen Zähnen zermalmt, während andere nichts zu beißen haben? —

Lebensmittel als Lotteriegewinne.

Hofft gar nicht sieht man ältere Leute im Bergnügungspark. Niemals in oder vor den Attraktionen. Doch hier, vor einer Lotteriebude, stehen eine ganze Anzahl älterer Männer und Frauen. Aber hier lohnt sich's auch, denn an dieser Bude werden aufreizende Gewinne ausgesetzt. An einer Schnur hängen Würste, schön glänzende, appetitliche — das sind die ersten Preise. Auf dem Tische stehen Pakete und Tüten mit anderen Lebensmitteln: Eier, Zucker, Mehl, Konserven — es ist eine Pracht. Unter 40 Bosen sind 3 Gewinne und ein Freilos als Trostpreis. Die ständigen Gewinner ziehen strahlenden Auges mit ihren kleinen Paketen ab, „das ist doch mal was Heißes“. Einmal bekam ein sehr verhungert aussehender Junge, ein großer, schmächlicher Bengel, eine Wurst; er sah sofort und mit Andacht. Und das war eigentlich das einzige „Vergnügen“ des Abends: daß ein armer, verhungert aussehender Junge eine ganze, ein Pfund schwere Wurst essen konnte. Auf einmal und ungeteilt. —

Werden Sie Schriftsteller!

Von Ossip Kalenter

Bei unseren französischen Nachbarn laufen jetzt halbseitige Insekten in den Zeitungen, die in Fettdruck den famosen Tip geben: „Werden Sie Schriftsteller!“, und darunter bemerken: „Es ist ein Mittel, Ihre Geltung im Beruf zu verdoppeln.“

Jedem Beamten oder Angestellten, der einmal einen Artikel in der Zeitung veröffentlicht und anderen Tages die ironischen Besichtigungen seiner Kollegen gelesen hat, wird das als ein faßer Scherz, wenn nicht als die mit viel Bist erkommene Bosheit eines Menschenfeindes erscheinen. Der Tag des Infarcats, mit einem gepflanzten Bildnis und Sahgefüge von Marcel Prévost geziert, wird ihn eines Besseren belehren. Allerdings meint er nicht, daß Sie sich nun in ein süßes Gähnen oder, wenn es Sie gefällt, „mandan“ zu erweisen, in eine düstere, lichter und längererliche Bar setzen und mit viel echtem Gefühl und falschen Worten einen Pöden Koedellen und Feuilletons zusammenschreiben, mit denen Sie die ohnedies von allzu viel Eiferigen und Ungekommen verstopften Zustufrohre der Redaktionen verstopfen helfen, — nicht, daß Sie, „morgens zur Kängel mit Affen, abends auf den Hestkon“ eiland, Thomas Mann oder Hedwig Courths-Mahler Konkurrenz machen sollen (das würde Sie auf einen Abweg führen und jenes Ihnen nicht gelingen). Ein Schriftsteller ist — und die Anzahl der Ausnahmen bestätigt auch diese Regel — ein Mensch, der schreiben kann. Und das ist es, was Sie werden sollen. Und damit Sie Ihre Geltung im Beruf und Ihre Einkommen verdoppeln können.

Für gewöhnlich schreibt der Mensch ja nicht Romellen und Feuilletons, Romane, Dramen und Gedichte, nicht sublimierte, zu Kunst veredelte Mittelungen sondern einfache und unmittelbare: Briefe, Notizen (für sich und andere). Ich weiß nicht, ob Ihnen einmal aufgefallen ist, wieviel Mühe, Zeit und Porto für unnütze Schreibereien verwendet werden, wieviel Briefe nicht zünden, sondern verpuffen, wieviel Telegramme, Annoncen, Rundschreiben, Anschläge erfolglos bleiben oder mißverstanden werden und dann eine Unsumme neuer Arbeit und Kosten an Zeit und Geld verschlingen. Es läßt sich daran erkennen, wie wichtig es ist, sich eindeutig und treffend in seiner Sprache ausdrücken zu können. Aber Eindeutigkeit und Prägnanz allein tun es nicht, und die Gesetze der Wort- und Sahlrede richtig anzuwenden wissen, heißt noch nicht schreiben können. Nicht selten sind gerade die forrestesten Briefe die wirkungslosesten: wenn ihnen der Ton fehlt, der die Musik macht. „Schreiben können“, meint Marcel Prévost, heißt: sich in der komplizierten Kunst auskennen, keine Ideen erst in Worte umzusetzen, die Sache nach dem Rhythmus des Gedankens zu bilden, dem Stoffe gemäß den Stil zu variieren, banale Formulierungen zu vermeiden und neue zu erfinden. . . . Diese Kunst, die ungefähr im Maße wie das Klavierpiel, je nach Talent und Temperament, (aber doch . . .) erlernbar ist, lehren also jetzt in Paris Institute, denen man keine Schreiben zur Analyse einreicht und die einem nach bestem Wissen und Gewissen und mit voller Offenheit sagen, was sie davon halten. Aus der Differenz zwischen dem ursprünglichen und dem durchgearbeiteten Text ergibt sich die Belehrung.

„Ich kann keine Briefe schreiben“ ist ein Ausspruch, der, die sich einen Brief als eine bogenlange Ballung von „Antwortlich“ Ihres werten vom Soumbonikiten beehren wir uns . . . vorstellen und die sich mit der Wortkunst nicht abgeben, weil sie nicht bedenken, daß einzig Kenntnis und Erlernen des Wortes, des Doppelgesichtes, das es als gesprochenes und geschriebenes Wort zeigt, ihnen das Schreiben dessen, was sie unter einem Brief verstehen, erlaubt. Um so besser einer in seiner Sprache Bescheid weiß, um so prägnanter er sich auszudrücken versteht, um so knapper und knapper wird er sich fassen können, und um so nachdrücklicher, eindringlicher und folgenreicher wird sein, was er schreibt.

„Ich mag keine Schreibereien, ich bin ein Mann der Tat“ ist

nichts als eine bequeme Ausrede. Die großen Männer der Tat waren samt und sonders im letzten und besten Sinne Schriftsteller: César, Napoleon, um nur einige zu nennen; Bismarck, Rolke (dieser sogar ein Stilk von unendlicher Feinheit).

Weg das Wort hat, hat die Macht. Ich will mit diesen Zeilen nicht die Errichtung von Stil-Analyse-Instituten nach dem französischen Vorbild propagieren. Ich glaube, jeder kann schon dadurch ein wenig schreiben lernen und sich in seinem Beruf, welcher Art er auch sei, größeres Gewicht und höhere Bedeutung verschaffen, wenn er Zeitungsartikel, die ihm besonderen Eindruck machen, liest, die ihm besonders gut gefallen, nicht nur auf das Was, sondern auch auf das Wie hin liest, prüft, welche Rolle welches Feuer erzeugt, welche Flamme welches Licht, und wenn er — umgekehrt —, kommt ihm ein elender Schrieb unter die Augen, den Gründen dieses Ciends nachforscht, die Lücken und Halbheiten und Verschwommenheiten und Fehler aufspürt und sich überlegt, wie es besser zu machen wäre.

Unsterbliches Theater.

Ist „Der Diener zweier Herren“ von Goldoni und die Gattung, zu der er gehört, nicht im wahrsten Sinne des Wortes unsterblich? Nicht bloß in dem Sinne, daß unsere Theater, wenn der Karren trotz Zeitstich und möglicher Friktion der Koffer wieder einmal feststeht, zu diesem erprobten Stück greifen. Es repräsentiert das Theater (schreiben: in den lebenden Figuren, die der gewandte Bühnenkünstler Goldoni darin noch mitten im aufstärkerischen 18. Jahrhundert konservierte, steden die „ewigen“ Typen, die sich vom griechischen Altertum her durch das Mittelalter mit seinen Farcen bis in die neue Zeit erhalten haben und noch in unseren komischen Personen weilsputen. Die Bühnenreformatoren aller Länder haben sie ausgetrieben und vertriebt. Aber sie leben immer noch, wenn auch in anderer Gestalt. Und wenn dieses Theater der bloßen Unterhaltung mit solch's Trilche, die wie Improvisation anmutet, heruntergespielt wird wie in den Kammertheatern bei Reinhardt, der jetzt seinen Bühnenbilder (im allerbesten Sinne) aus der „Komödie“ dahin verlegt hat, so hat man nicht bloß kulturhistorisches Gefallen, sondern unmittelbare Freude daran.

Ueberrassig zu sagen, daß die unsterbliche lustige Person, der Diener Truffaldino, immer noch Hermann Thimig, der verschmitzte und zugleich treuherrigste aller Diener ist. Er fällt mit seinen Streichen das ganze Stück an, er läßt das Publikum nicht aus dem Saal kommen, und wenn er mit seiner fast anstehenden Frechheit über den ungeheuren Radelberg herfällt, empfindet das Publikum Knost, daß er darin erliche. Und um ihn ist lauter Lust am Theaterpiel: D a n e g g e r (Pantalone), F r i e d r i c h (als drummelnde Doklore selber manchmal unverständlich), Paul Vange (der diamellane Bromordas), D a n y S e r v a e s (die sentimentalisierende Rolzura) und A n n i N e w e s als schnippsche Smeraldina — sie alle sind wie losgelassen. Dazu Rapartzs Musik, das Drum und Dran der Bühnenbilder und der ganze leicht parodistische Ton — so das ist Theater im ältesten und immer noch wirksamen Sinn.

K. H. D.

17. Kreis Nichtenberg. Die Abteilungen werden gebeten, das Material von der „Vorwärts“-Zentrale Nichtenberg, Borghagener Straße 62, abzuholen.

Wetter für Berlin: Bständig aber nach vielfach neblig. Temperaturen nahe bei Null. Schwache nördliche Winde. — Für Deutschland: Heftig Fortdauer der herrschenden Witterung. Irigends Niederschläge. Verbreitete Nachfröste.

„Schön ist die Welt!“

Metropol-Theater.

„Schön ist die Welt“, Lehar-Reinheit der Saison, Paraderolle für Tauber, der Komponist am Dirigentenpult, Winterpremiere des Metropoltheaters — Riesenerfolg, der Serienersolg ist garantiert. So geht es Jahr für Jahr, und es wird, bei diesem Publikum, wohl noch viele Jahre so gehen. Und wäre der Text noch läppischer, die Musik noch dagewesener. Dicomat ist es eine alte Sache, 1914 dagewesen unter dem Namen „Endlich allein“. Der Reihe nach komponiert Franz Lehar seine Operetten zum zweitenmal; aber die Musik würde sich ja, wenn er sie heute ganz neu machte, kaum anders anhöden, wir wissen es aus Erfahrung.

Zwischen zwei Operettenakten der herkömmlichen Sorte steht als Haupt- und Mittelstück ein Akt ausgewachsene Oper. Nur zwei Personen auf der Bühne, Liebe und kein Ende, Behärs „Tristan und Isolde“, veredelter Puccini, verflachter d'Albert, eine Orgie von Küßigkeit, unbeschreiblich. Olga Lipar und Richard Tauber sind das viel und schön singende Liebespaar. Außerdem ist sie eine Prinzessin, er ist der Kronprinz, und Leo Schützen-dorf, der zu ihm „mein Junge“ sagt, ist gar König. Doch der König sagt auch, wie ein Neu-Berliner Geschäftsführer: „Die Sache geht in Ordnung.“ Zum Schluß aber, wenn König und Kronprinz in Galauniform, als tämen sie geradeswegs vom Mastenverteiler, auf der Bühne erscheinen geht doch eine Woge von Heiligkeit durch das Parlett. Das ist, unbeabsichtigt gewiß, der eine Lacherfolg des Abends. Der andere tritt ein, als nach einem von Ulyss Waldmüller und Kurt Vespermann gefungenen Duet das Rot ihrer geklammerten Lippen sichtbare Spuren in seinem Gesicht hinterläßt. Schön ist die Welt des Berliner Operettentheaters. K. P.

Die Weihnachtsgabe

der Städtischen Oper.

Es sind genau auf den Tag drei Jahre her, daß „Die Puppenfee“ in Ulyss Raudrids Inszenierung zum erstenmal in der Städtischen Oper herauskam. Gestern sahen wir sie wieder, zum größten Teil in der alten Besetzung, als Ganzes aber neu einstudiert.

Zwei Möglichkeiten bestehen für die Inszenierung. Entweder deutliche Abgrenzung und Klares Herausheben der einzelnen Szenen und Tänze, wodurch dem Tanzfreund Gelegenheit gegeben wird, alle choreographischen Reize und Feinheiten zu genießen. Oder ein lustiges Auf- und Durcheinander, das den Zuschauer nicht zu Niem und Besinnung kommen läßt und eine hochantike Gesamtstimmung erzeugt. Ulyss Raudrid wählte mit gutem Gelingen den zweiten Weg, den der frühlichen Heß. Ein Tanz drängt den anderen. Die Auftritte schließen sich fast ohne Pausen aneinander. Buntheit, Leben, Bewegung. Aus der Fülle der Gesichter haben sich Grote in virtuos vollendeter Akrobatik als Harlekin Kara Dantowa ein wenig steif als Puppenfee, Erna Sydow als forche Trommlerin, die Ulyen als Aschenbrödel, die Raumanns als Bäuerin und als Strummelpeter, die Abramowitsch als Chinesin ab.

J. S.

Humperdinds „Hänsel und Gretel“ als Weihnachtsgabe neu inszeniert, ist zu begrüßen. Humperdinds Musik ist klassische Weihnachtsmusik in gutem Sinne des Wortes, denn das Libretto ist eins der wenigen, bei denen der Text mehr Anlaß zum Musikieren bietet. Die Aufführung selbst, in ihrem Bühnenablauf beschwingt und zu einer Einheit zusammengerast, dynamisch, rhythmisch und in ihren neuen Gesichtsformen gut herausgearbeitet, war bei R. E. Denzler als musikalischen und Otto Krauß als feinstem Vektor in guten Händen. Aus dem Ensemble: Paul das Ruth Berglund als Hänsel und Gerhard Hüsch als Besenbinder führte, wurde in der Tat ein Märchenpiel. h. l.

Der erste deutsche Naturpfad.

Das Museum für Naturkunde in Berlin hat gemeinsam mit der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege den ersten Naturpfad in Deutschland in der unmittelbaren Nachbarschaft Berlins angelegt, nach einem 1925 vom New-Yorker Museum für Naturkunde geschaffenen Vorbilde. Die Verwallung des Kreises Osthavelland stellte die Bredowsche Forst zur Verfügung. Der vom Bahnhof Finkenkrug rechts der Bahn am Waldrand in Richtung Brieselang geht und die Eisenbahntrasse beim Wärdterhaus überschneidet, findet etwa 200 Meter hinter den Schlenen an der Fahrstraße den Beginn des Pfades. Es ist eine Art Freiluftmuseum: Museumsstücke sind die natürlichen Pflanzen und Tiere, die Zeichen ihrer Tätigkeit. Alles ist etikettiert, nicht mit bloßer Namensangabe, sondern in anregender Belehrung. J. S.: „In dieser Ebene hat ein Rehbock gelegt, d. h. durch Fährten mit seinem Gehörn die Erde verlegt. — Diese kleine Gruppe Bergahorn ist nicht angepflanzt, sondern hat sich hier vor 8 Jahren selbst ausgezigt. — Durch die Grundwasserentwässerung, die in den letzten Jahren große Teile der Bredowschen Forst beirissen hat, ist die Mehrzahl dieser Eichen gipfeldür geworden. Eichen verlangen Bodenfeuchtigkeit. — Die weißen Fledchen auf dieser Kessel sind Tiere. Es ist die Kesselwachsmaus, die ihren Körper mit ausgehiebene weissen Wachsäden überdeckt hat. — Die vor uns liegende Düne besteht aus nährstoffarmem Sand. Der auf ihr wachsende Eichenbestand ist deshalb trotz seines 65jährigen Alters kümmerlich geblieben.“ So geht es weiter, bis nach 2 Kilometer der Naturpfad neben Forsthaus Bredow auf die Fahrstraße zurückführt. Die Etikettierung soll im Laufe der Zeit nach vervollständigt werden.

So war die Abfahrt bis zu den läßten Erfahrungen, die man mit bösen Subenänden in der kurzen Zeit gemacht hat, die nun der Naturpfad besieht. Die Schilder wurden größtenteils herausgezogen und anderwärts eingeseckt, Bezeichnungen wurden durchgestrichen, unanständige Malereien angebracht. Das Provinzialschulkollegium muß bei den Berliner Schulen darüber Ringe führen. Der Rai, auf die Bezeichnungen ganz zu verzichten, scheint nicht das rechte zu treffen. In der schönen Einfachheit dieser einzigartigen Forstweilich Spandau wird sich auch derjenige, der nicht hinter wissenschaftlichen Führern horcht, gern auf diese ansprechende Weise belehren lassen. Und die Erfahrungen bei amerikanischen Großstädten zeigen doch, daß es auch ohne Unzug geht.

Ein Staatliches Kindertheater in Berlin. Mit Unterstützung des Kultusministeriums wird, wie eine Korrespondenz meldet, im Anfang des kommenden Jahres dem Berliner Staatlichen Schauspielhaus ein ständiges Kindertheater angehängt werden. Unter Leitung des Intendanten Vogel soll für die Aufführungen an diesem Theater eine ganz neue Spielgattung geschaffen werden, deren Inhalt sich mit den Problemen der heutigen Jugend befassen soll. Für den Ausdruck dieser neuen Inhalte wird auch eine neue Form erfindet werden, die weit über die üblichen Märchen- und Kinderstücke hinausgehen wird, doch sind auch Kinderoperen und Schauspiele für Kinder im Rahmen des Spielplans vorgesehen. Die neue Bühne wird sich auf die Schiller-Organisation, die bereits für die Aufführungen von Klaffern bestanden, stützen und damit ist auch bereits eine Sicherstellung des Kindertheaters garantiert.

Warnung vor den Spaltern.

Wer für die RGD arbeitet, wird ausgeschlossen.

Dass auch die Berliner Fabrikarbeiter fest entschlossen sind, den kommunistischen Gewerkschaftspartnern ganz gehörig heimzulegen, zeigt mit nicht misszuverstehender Deutlichkeit ihre stark besuchte Funktionärskonferenz am Mittwoch im Gewerkschaftshaus. Der Verbandsvorsitzende Genosse Brey legte den Funktionären in chronologischer Reihenfolge dar, wie von der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ seit Jahren auf die Spaltung der freien deutschen Gewerkschaften hingearbeitet worden ist.

Die Gründung kommunistischer Gewerkschaften in Deutschland ist also nicht eine „spontane“ Willensfindung einzelner unzufriedener Teile der deutschen Arbeiterklasse und demnach eine Bewegung von unten herauf, sondern eine erkünstelte Aktion, der jeder natürliche An- und Austrieb fehlt. Jeder einsichtige Mensch ist sich darüber klar, daß solche nebelhaften Gewerkschaftsgebilde in Deutschland nicht lange Bestand haben können. Deshalb warnt der Fabrikarbeiterverband seine Mitglieder vor diesen „roten“ Verbänden nicht etwa aus Angst vor ihnen, sondern um die Mitglieder vor Schäden zu bewahren.

Was die organisierten Arbeiter an ihren Verbänden haben, das wissen sie. Was sie aber dort drüben haben werden, außer Enttäuschung, das wissen sie nicht. Die Funktionäre zollten ihrem greifenden Verbandsvorsitzenden stürmischen Beifall, als er sein auf reiches Laffachenmaterial gestütztes Referat mit den Worten schloß: „Mein Treue gegen euren Verband, zeigt denen, die euch „Veräter“ schimpfen, daß ihr nicht zu Verrätern an eurer Organisation und damit der gesamten deutschen Arbeiterbewegung werden wollt!“

Die Ausführungen, die in der anschließenden Diskussion zwei kommunistische Redner auf Befehl ihrer Parteileitung machten, waren nichts weiter als ein hilfloses Gestammel. Mit besonderem Nachdruck und unter fast reißerischer Zustimmung der Funktionäre umschrieb der Bevollmächtigte, Genosse Rücker, zum Schluß der Versammlung noch einmal die schon wiederholt durch die Verbandsvorsitzenden ergangene Warnung, daß jedes Verbandsmittglied, das für die RGD propagandistisch tätig ist, sich von selbst außerhalb des Verbandes stellt.

Notstandsgebiet Neurode.

9000 wollen Brot verdienen / Preußenregierung greift ein

In einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion an den Preussischen Landtag, in der die Verhinderung der Stilllegung der Wenzelslaus-Grube im Kreise Neurode verlangt wird, heißt es u. a.:

„Die durch das schwere Hausdorfer Grubenunglück vom Juli d. J. betroffene Wenzelslaus-Grube im Kreise Neurode soll nach dem Willen der Grubenleitung und dem Ergebnis der bisherigen Stilllegungsverhandlungen spätestens am 15. Januar 1931 ab stillgelegt werden.“

Die Wenzelslaus-Grube ist das größte Unternehmen in dem als Notstandsgebiet anerkannten Grenzgebiet Neurode und beschäftigt zur Zeit 2500 Arbeiter und 210 Angestellte. Die Stilllegung würde mehr als 9000 Personen unmittelbar brotlos machen. Der entstehende Lohnausfall von jährlich 8 Millionen Mark würde darüber hinaus weitere 20 Prozent der gesamten Kreisbevölkerung wirtschaftlich verelenden und vernichten.

Eine Textilfabrik nach der anderen ist in den letzten Jahren im Kreise Neurode stillgelegt worden. Teilweise Betriebsstilllegungen im Bergbau sind ebenfalls erfolgt. Infolgedessen ist eine anderweitige Beschäftigung oder Umsiedlung der Arbeiter und Angestellten nicht möglich.“

Vertrauensleute der schlesischen Sozialdemokratie sprachen dieser Tage bei Vertretern der preussischen Regierung und bei sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten wegen der beschlossenen Stilllegung der Wenzelslaus-Grube vor. Aus den Erklärungen der Regierungsvertreter ging hervor, daß die preussische Regierung um die Hinauschiebung der von der Grubenverwaltung überhafter beantragten Stilllegung der Grube soweit bemüht sein wird, bis feststeht, welche Maßnahmen endgültig getroffen werden sollen. Die Reichsregierung wird sich wahrscheinlich diesem Standpunkte anschließen.

Was wir an Amerika missverstehen.

Zur Eröffnung der Vortragsreihe, die alljährlich von der Bücherstube des Vereins Deutscher Ingenieure veranstaltet wird, sprach Dr. H. Cuffl nach langjährigem Aufenthalt in Amerika.

Typisch für Amerika ist der „Gruppensinn“, der z. B. die Verbreiter zu einer machtvollen Organisation zusammenschließt. Wenn die Beamten des Norddeutschen Lloyd in New York in der Zeitung andeuten, daß sie an einem bestimmten Tag eine gesellschaftliche Veranstaltung abhalten wollen und die Bitte aussprechen, an diesem Tage nicht gestört zu werden — so kann man auch sicher sein, daß aus einem gewissen Sportgeist heraus an diesem Tage nichts passiert. Der amerikanische Mensch trägt genau das gleiche Kulturerbe mit sich herum und ist von ihm im positiven und negativen Sinn belastet wie der Europäer. Die Jugend Amerikas beruht auf freier Basis, die der Mensch aus sich selbst und neu erschafft. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete bestehen grundsätzliche Missverständnisse. Der Vorriß der billigen Rohprodukte ist nur scheinbar, denn das Verkehrsmoment belastet den Preis. (Amerika ist sechzehnmal größer als Deutschland, hat aber nur das Doppelte an Bevölkerung.) Die Ursache der Wirtschaftskrise und des Wohlstandes in Amerika liegt in der überlegenen Organisation, die genau dem einzelnen Betrieb angepaßt ist. Von dem deutschen jungen Mann hat der Amerikaner den Eindruck, daß er unreif ist, namentlich wenn er vom Gymnasium her kommt. Bei sehr vielen Deutschen findet er den Typus des Viehels: brutal, gewandt, aber grausam. Gewisser Rang an kulturellem Fundament beschleunigt die Anpassung an neue Bedingungen. Der Deutsche, der hinüberkommt, schimpft in der Regel die ersten drei Jahre über Amerika, nach zwei Jahren wird er unsicher, dann geht er zu einem sehr großen Teil positiv in das Amerikanertum ein und auf. Die Leistung ist für den Amerikaner das schicksalhaft Entscheidende. Daher ist seine Stellungnahme gegen Krankheit und Tod sehr viel brutaler als bei uns. Das Wertbewußtsein des Amerikaners steht gegen die fastenmäßige Wertgebundenheit des Deutschen. Der Amerikaner will Geld, weil er den Erfolg will. Er selbst lebt meistens unglücklich einfach. Neben den vereinzelt, ungeheuer großen Vermögen der Angloamerikaner besitzen die breiten Bürgerkreise so gut wie kein Vermögen. Die kleineren Vermögen werden meistens von Deutschen zusammengekauft. Der Mensch, der nicht arbeitet, ist nicht angesehen. „Böhligkeit“ wird scharf getrieben von der Leistung, für die der Mann seinen vollen Gegenwert erhalten soll.

RGD. führt — in die Niederlage

Alle Chemnitzer Streikenden gemäßigert

Chemnitz, 4. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Chemnitzer Straßenbahnerstreik ist endgültig zusammengebrochen. Bereits am Mittwoch war der Fahrbetrieb wieder normal. Lediglich aus Sicherheitsgründen wurde bei Einbruch der Dunkelheit der Betrieb eingestellt. Die Direktion der Straßenbahn hat die Entlassung aller Streikenden verfügt. Darunter befinden sich auch der kommunistische Betriebsratsvorsitzende und der kommunistische Arbeiterratsvorsitzende. Für die nicht streikenden Angestellten wurden die Kündigungen zurückgenommen. Von 1400 Gefährdeten hatten etwa 220 gestreikt.

Der Zusammenbruch des Streiks war wohl vorauszusehen, da ja die RGD „führte“, er kam aber doch viel schneller und gründlicher als man erwarten konnte.

Wie erinnerlich, hatte der Rat der Stadt Chemnitz infolge des Rückganges des Verkehrs und um Entlastungen des Straßenbahnpersonals zu vermeiden den Vorstoß gemacht, die Arbeitszeit auf 40 Stunden die Woche ohne Lohnausgleich herabzusetzen. Der Gesamtverband berief darauf zwei Versammlungen ein, um zu den Kündigungen, die ausgesprochen worden waren, und zur Kurzarbeit Stellung zu nehmen.

Um den Beschlüssen der Gewerkschaftsorganisation vorzuzukommen, veranstaltete die RGD auf Befehl der SPD. vorher zwei Versammlungen, in denen in öffentlicher Abstimmung, obwohl nur

etwas über die Hälfte der Belegschaft anwesend war, der Streik für den 2. Dezember beschlossen wurde. Die freigeschäftlich organisierten Straßenbahner beschloßen jedoch, erst mit dem Rat der Stadt Chemnitz zu verhandeln. Sollte eine Einigung nicht zustande kommen, dann sollte durch Urabstimmung entschieden werden, ob die Straßenbahner für Streik oder für Kurzarbeit sind.

Der Rat der Stadt Chemnitz teilte mit, daß die Arbeitsniederlegung mit Entlassung bestraft würde. Die RGD wollte nun aber — oder mußte — „führen“. Ohne die Belegschaft weiter zu befragen, wurde der Streik proklamiert. Da man in der SPD. wußte, daß die Straßenbahner sich ihrer Führung nicht anvertrauen würden, versuchte man die Straßenbahner zum Streik zu zwingen. Es wurden Stoßtrupps von Arbeitslosen eingesetzt, die die Straßenbahner an der Arbeit hindern sollten und die entsprechenden Sabotageakte auszuführen hatten.

Nur ganz vorübergehend gelang es dadurch, den Straßenbahnbetrieb lahmzulegen. Nachdem genügend Polizeikräfte eingesetzt waren, ist der „Streik“ zusammengebrochen. Nur etwa ein Siebentel der Straßenbahner hatten sich trotz des Terrors an der Aktion beteiligt. Das Ergebnis ist nun, daß über 200 Straßenbahner entlassen werden, wodurch sich wahrscheinlich die Kurzarbeit erübrigen dürfte. Die Entlassenen können sich bei der SPD. und der RGD. bedanken. Der Straßenbahnerstreik von Chemnitz beweist wiederum, wohin die RGD. führt: in die Niederlage.

Novemberverbrecher?

Die alte Dolchstoßlegende in neuer Form

Die Dolchstoßlegende ist gründlich totgeschlagen worden — aber ein Teil des deutschen Volkes verfügt nur über ein kurzes Gedächtnis. Die Nationalsozialisten haben sie wieder aufgewärmt. Sie schreien lauthals, laudab über die „Novemberverbrecher“ und finden wieder ein gläubiges Publikum, namentlich bei den Jungen, die im November 1918 noch Hosenmätze waren.

Genosse Adam Remmele, der badische Minister, ist nun gestützt auf authentisches Material, der neuen Legende zu Leibe gegangen. Er hat unter dem Titel „Novemberverbrecher“ im Verlag des „Volkstreu“ in Karlsruhe eine Broschüre erscheinen lassen, in der er zeigt, wie schon im Oktober 1918 die damals verantwortlichen Staatsleiter sich darüber klar waren, daß der Zusammenbruch unvermeidlich war.

Am 11. Oktober versammelte der damalige badische Minister von Bodman die Amtsmänner Badens in Baden-Baden, wo er ihnen Mitteilung machte, daß das Ende des Krieges und Deutschlands Niederlage bevorstehe. Eine allmähliche Bevölkerrückbildung sollte die Bevölkerung auf das kommende Unglück vorbereiten. Aber diese Order wurde bald zurückgezogen. Selbst angesichts des Untergangs sollte das Volk nicht die Wahrheit erfahren. In einem Brief vom 18. Oktober 1918 schrieb der damalige Staatsanwalt Dörfinger an von Bodman:

„Der hiesige Groß-Amtsvorstand hat mir als Vorsitzender des Aufklärung- und Verdenauschusses gestern abend Mitteilung von den Eröffnungen Euer Erzellenz in der Versammlung in Baden-Baden gemacht. Soweit sie die Befehle für Entlassungen und die polnischen Teile Preußens betreffen, eventuell auch die Entschädigungsfrage, sind dies freilich Dinge, die sich in diesen Tagen jeder politisch halbwegs gekulte Deutsche selbst sagen mußte.“

Daß aber den Herren Amtsvorständen anheimgestellt wird, von diesen Mitteilungen in der Weise Gebrauch zu machen, daß sie die Bevölkerung vorbereiten sollen, dabei möglicherweise mit Angabe von 80 bis 90 Milliarden Entschädigung, Besetzung usw., das halte ich für ungemein gefährlich.“

Wenn es so schlimm kommen sollte, was ich nicht glaube, ist es immer noch Zeit, daß es die Bevölkerung erfährt.“

Also nur nicht die Wahrheit heraus; vertuschen, beschwichtigen und um die Kriegsanleihe sorgen, das war in jenen Tagen den Verantwortlichen das Wichtigste.

Auch der liberale Parteichef von Baden, zu jener Zeit Geh.

Hofrat E. Reimann, schrieb an Minister von Bodman, indem er auf die Konferenz der badischen Oberamtmänner Bezug nahm, daß auf einer Versammlung der nationalliberalen Landtagsfraktion, die am 13. Oktober 1918 in Berlin stattfand, dieselben Dinge mitgeteilt und besprochen wurden. Er fährt fort:

„Bei der Besprechung, wie mir diesen Mitteilungen in der Deffentlichkeit zu vernehmen sei, bat E. Erzellenz Herr Staatsminister Dr. Friedberg scheinlich, nichts von diesen Einzelheiten in die Deffentlichkeit kommen zu lassen.“

Ich möchte nun anregen, wenn die eingangs erwähnten Mitteilungen richtig sind, die Herren Amtsvorstände sofort auf telegraphischem Wege zu verständigen und ihnen zu empfehlen, bei ihren Mitteilungen an ihre Bezirksangehörigen sich der Friedberg'schen Formel zu bedienen. „Alle das Friedensangebot betreffenden Schritte der Reichsregierung seien in vollem Einvernehmen mit der obersten Heeresleitung erfolgt.“

So wurde auch verfahren. Aber trotz aller „Vertraulichkeit“ der Mitteilungen flüchtete sich, was für Deutschland bevorstand. Alle möglichen Gerüchte kamen in Umlauf, aber von „erdolchten Fronten“ war niemals die Rede.

In dem Schlusssatz einer Schrift befaßt sich Remmele mit den Wirkungen, die der von Heeresleitung und Regierung längst vorausgesehen, dem Volk aber ängstlich verheimlichte Zusammenbruch hatte. Nach dem kläglichen Verlagen der allen Machthaber, die vergebens versuchten, die hereinbrechende Katastrophe abzumwenden, mußten sich Männer aus dem Volk an die Spitze der Länder und des Reiches stellen, mußten sie als Soldatenräte die völlige Auflösung verhindern, Deutschland vor dem Untergang bewahren. Es ist kaum zu ermesen, welche ungeheure und veranwortungsvolle Arbeit von den Männern geleistet wurde, die in dem allgemeinen Dumst und Drüber nicht den Kopf verloren, sondern Wege suchten und fanden, die aus dem Chaos zu neuer Ordnung und zum Aufbau eines neuen Staatslebens führten.

Novemberverbrecher — Das Wort erfand man erst, als dank der Tätigkeit jener Männer, die man heute so beschimpft, das deutsche Volk sich wieder auf sich selbst besonnen hatte und dank der Weitherzigkeit und Toleranz der „Novemberverbrecher“ auch die Reaktion sich wieder herabzog. Remmeles sachliche Schrift zeigt, was, wenn man schon Verbrecher sucht, solche zu finden sind!

Europäische Postunion!

Ein Vorschlag an Briand.

Paris, 4. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Vorsitzende des parlamentarischen Komitees für die Wirtschaftseinigung Europas hat am Mittwoch gelegentlich eines Besuchs bei Briand den Abschluß einer europäischen Postunion als ersten Schritt für die Verwirklichung der europäischen Einheitsföderation verlangt. Er überreichte dem Außenminister eine Denkschrift, die den fertigen Entwurf für den Abschluß einer europäischen Postkonvention enthält. Briand versprach, den Vorschlag schon in der nächsten Sitzung dem europäischen Komitee in Genf zu unterbreiten.

Die Peugeot's vor Gericht.

Paris, 4. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Untersuchungsrichter, der den Fall Duxiric klären soll, hat am Mittwoch gegen mehrere Aufsichtsratsmitglieder der Holding-Gesellschaft „Extension“ ebenfalls Anklage wegen unerlaubter Hauskennzeichen erhoben. Unter den Angeklagten befinden sich die bekannten Automobilindustriellen Robert und Anton Peugeot sowie Bankier Dreyfus. Am Donnerstag sollen der Senator Ledere, ein Kommandant der „Cre Nouvelle“ und des „Denore“, und der ehemalige Londoner Botschafter und jetzige politische Redakteur des „Figaro“, St. Aulaire, über ihre Rolle im Aufsichtsrat der „Extension“ vernommen werden. Man nimmt an, daß auch sie in den Anklagezustand verlegt werden.

Nachwahlsieg in London.

Labour's Stimmenrückgang in stark jüdischem Wahlkreis

London, 4. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Hochwohl in dem Londoner Wahlkreis Brixton brachte einen Sieg des Labourkandidaten James Hall, der mit 8544 Stimmen gewählt wurde. An zweiter Stelle folgt der liberale

Kandidat, der 7445 Stimmen erhielt. Die konservative Partei brachte es auf 3735 Stimmen.

Die Stimmenzahl der Arbeiterpartei hat sich stark verringert, denn in dem stark jüdischen Wahlkreis war die Labour-Regierung durch die Polastinaerklärung unpopulär geworden.

Italienische Kapitane

versuchen jugoslawische Schiffe zu rammen.

Aus Südlatvien erfahren wir:

Im Meerestrafal der Adria, nahe von Zadar (Zara) ist am Sonntag vor acht Tagen der jugoslawische Schnelldampfer „Zagreb“ von einem italienischen Kriegsschiff nahezu gerammt worden. Gegen 10 Uhr nachts fuhr der Dampfer auf seiner gewöhnlichen Route gegen Eibenit, als in der dunklen Nacht ein aus Zadar kommendes italienisches Kriegsschiff auftauchte, welches trotz aller Warnungssignale dem „Zagreb“ nicht ausweichen wollte und direkten Kurs auf den jugoslawischen Dampfer nahm. Der Kapitän, um der Katastrophe zu entgehen, steuerte das Schiff so nahe an Ufer, daß das italienische Schiff mitten in der Fahrtrasse knapp vorbeifahren konnte. Man kann vom Glück reden, daß der Dampfer bei der Durchführung dieses Manövers an der seltsamen Uferlinie nicht gestrandet ist. Bei etwas geringerer Aufmerksamkeit der Besatzung des jugoslawischen Dampfers wäre diesmal ein zweites ähnliches Unglück passiert wie beim „Karadjordje“. Entweder haben die italienischen Kapitane es auf die jugoslawischen Dampfer abgesehen und wollen sie alle in den Grund bohren, oder aber sind sie derart unfähige Seefahrer, daß sie für ihren Dienst nicht taugen.

Polnische Oppositionsführer enthaftet. Von den verhafteten fünfzehn polnischen Oppositionsführern, die in Breslau untergebracht waren, wurden neun gegen eine Gesamtkaution von 80000 Zloty auf freien Fuß gesetzt.

Mar Sievers: Justizwillkür in Gotteslästerungsprozessen

Beit über die antikirchlich und antireligiös eingestellten Kreise des Volkes hinaus ist die Auffassung vertreten, daß mit diesen Bestimmungen eine unerträgliche Fesselung der weltanschaulichen Gewissens- und Meinungsfreiheit ausgeübt wird...

Die Deffentlichkeit macht sich kaum einen Begriff davon, welcher Mißbrauch der Justizgewalt mit diesem Paragraphen getrieben wird. Auch ist es viel zu wenig bekannt, daß in der letzten Zeit die Zahl derartiger Prozesse in starker Steigerung begriffen ist...

In der Nähe von München befindet sich ein Walderholungsheim für Konfessionslose. Besitzer ist ein Verein gleichen Namens. Auf einem großen, eingezäunten Waldterrain finden sich hier allsonntäglich Familien zur Pflege der Erholung...

In Regensburg schmückt eine Frau Sch. das Grab eines Angehörigen und bringt dabei auf dem Grabe eine Inschrift an: "Rimmerwiedersehen!" Sie erhält dafür einen Strafbescheid in Höhe von vier (!) Wochen Gefängnis...

Mit Freispruch endete ein Prozeß, der aber deswegen Erwähnung verdient, weil er die ganze Erbärmlichkeit der auf dem Gebiet der Gotteslästerung grassierenden Denunziationswut offenbarte und in diesem Falle noch dazu ein Jurist als Urheber auftrat...

Die Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände gab im vorigen Jahre ein Plakat heraus, das in ganz Deutschland angeschlagen wurde. Der Text legt dem Leser die Frage vor, ob er noch an einen Gott glaube...

Eine ganze Serie von Anzeigen wegen Vergehens gegen den § 166 wurde losgelassen. Bezeichnend ist, daß der verantwortliche Zeichner und Herausgeber wie auch die Druckerei unbefehligt blieben...

In weitaus der Hälfte aller Fälle erklärte die Staatsanwaltschaft, daß kein Grund zum Einschreiten vorliege. In einer bestimmten Reihe von Fällen wurden Strafgebühren von 5 bis 15 M. erhoben...

Den trübfesten Ausgang nahm diese Prozeßkampagne in Jüschhausen bei Königsberg i. Pr. Dort wurden zwei Arbeiter — und immer noch wegen desselben Platats — zu sechs Wochen bzw. einem Monat Gefängnis verurteilt.

Beweist schon die verschiedene Beurteilung des Vergehens der Gerichtsbehörden bei Vorliegen eines ganz gleichen Deliktes, wie auch die verschiedenartige Höhe der verhängten Strafen, welcher Raum in solchen Fällen der richterlichen Willkür eingeräumt ist...

Wenn man lediglich den gesamten Wortlaut des Platats liest, liegt der Totbestand des § 166 nicht vor. Beim genaueren Lesen zeigt es sich, daß die Worte "Der liebe Gott" und "ein Heuchler" gar nicht zusammengehören...

Hier wird von dem Gericht selbst festgestellt, daß auch das genaueste Studium des Textes keine Gotteslästerung entdecken läßt, sondern daß höchstens Vorübergehende, die das Plakat nicht lesen, infolge seiner Formierung eine Gotteslästerung vermuten könnten...

Als in diesem Prozeß der Pfarrer Kowalewski aus Jüschhausen als Zeuge gefragt wurde, warum er nun eigentlich An-

Der Staat der deutschen Arbeit

Ein Kampfziel

Niederdrückend war es, einen Studenten auf einem akademischen Diskussionsabend unter der Zustimmung eines großen Teils der Anwesenden hören zu hören: "Das Meer und das Volk können in der nächsten Zeit der Verfallung nichts tun, wofür sie ihr Leben einsetzen können..."

Selbst in unseren eigenen Reihen herrscht weitgehend Unsicherheit darüber, um was denn eigentlich der Kampf geht. Die einen sagen, um die Erhaltung der demokratischen Staatsform, und ihnen wird entgegengelehrt, daß für das Proletariat die demokratische Republik nichts sein könne...

Wenn jetzt ganz allgemein der Ruf nach Aktivität innerhalb der Partei erschallt, so darf diese Aktivität sich nicht im rein Technischen leer laufen. Gewiß, öffentliche Versammlungen, Demonstrationen, Flugblätter und unzählige andere Maßnahmen sind vonnöten...

Ganz mit Recht wird mitunter gesagt, daß unsere Politik — bei allen offen zugestandenen gelegentlichen Mängeln — in der Grundlinie weit besser ist als die Propaganda, die wir für sie gemacht haben. Schon vor nahezu einem halben Jahre forderten diejenigen, die diesen Totbestand vor Augen hatten, daß nicht nur ferne Ziele...

stich genommen habe, erklärte er, in erster Linie an der Aufforderung zum Kirchenaustritt.

Das also war die Grundlage eines Gotteslästerungsprozesses. Einem Pfarrer paßt die Propaganda für den Kirchenaustritt nicht. Da er diese nicht unterbinden kann, versucht er es mit einer Denunziation wegen Gotteslästerung, und das Gericht stellt fest, daß das Werbeplatat zwar nicht Gott lästert, daß aber Vorübergehende vermuten könnten, daß Gott gelästert werden solle...

Mit Rücksicht darauf, daß in der gegenwärtigen außergewöhnlichen Zeit, in der von allen Seiten versucht wird, die schlechten Instinkte der Menge aufzuwecken, dieses Plakat heftig wirken mußte und dazu geeignet war, welche Volkstriebe noch mehr zu entzünden und daß einem solchen Treiben bei Vorliegen strafbarer Handlungen im allgemeinen Volksinteresse entgegengetrieben werden muß...

Daß alle diese Gotteslästerungsprozesse lediglich einen Beitrag zum alten Thema Klassenjustiz darstellen, illustriert am treffendsten die folgende Gegenüberstellung.

In allen oben erwähnten Fällen wurden proletarische und sozialistische Volksgenossen getroffen. Sie alle bekamen die Härte des Gesetzes zu spüren. Ganz anders verfuhr man in Tübingen, wo eine Reihe Studenten ebenfalls wegen Gotteslästerung vor Gericht standen. Sie hatten in der Bierlaune einen Traghimmel aus Fohrenstuch hergestellt, hatten sich als Könige mit der Bibel in der Hand verkleidet und alle kirchlichen Zeremonien nachgeahmt...

Berücksichtigen werden diese Prozesse erst dann, wenn die mittelalterlichen Strafbestimmungen wegen Lästerung Gottes fallen. Darum muß die Forderung lauten: Der Gotteslästerungsparagraphen muß ausgemerzt werden!

Mittelschule und Aufstieg

Von Thomas Stolze, Leiter des preussischen Mittelschulwesens, ist im Verlag Quelle und Meyer (Leipzig) eine Einzeldarstellung "Die preussische Mittelschule", 120 Seiten, Preis geh. 3,00 M., erschienen. Das Buch enthält sechs Kapitel: Begriffsbestimmungen, Die Mittelschule als Schulform besonderer Eigenart, Die Lehrer, Die Stellung der Mittelschule im Bildungsorganismus, Mittelschule und Berechtigungsweesen, Neuere Ausstattung der Anabammittelschule einer Mittelstadt.

Nach dem Verfasser ist die Mittelschule eine allgemein bildende Schule mit der besonderen Aufgabe, ihre Schüler für gehobene Berufe des praktischen Lebens vorzubereiten. Sie unterscheidet sich von der Volksschule durch die Höhe ihres Bildungszieles,

sie in starkem Maße die Labour Party ausgerichtet hat, bei uns, wenn man von dem in dieser Hinsicht vorbildlichen Sammelbuche des ADGB "Die Wirtschaftsdemokratie" absehen will. Es fehlt — und das rächt sich heute besonders bitter — ein klares und anschauliches Bild dessen, was trotz aller Unvollkommenheit heute bereits erreicht ist, und was es zu verteidigen gilt...

Die Mehrheit der Studierenden in Deutschland, ein überwiegender Teil der höheren Schüler, der Jungbauernschaft, junger Angestellter und auch Arbeiter, soweit sie gewissen Trübungen des Massenbewußtseins anheimgefallen sind, laufen jedem Gaukelspiel nach, ohne voll Stolz zu erkennen, an welcher großen und starkem Werte sie mitzuarbeiten berufen sind. Ist in dem Industriestaat Deutschland mit seiner zu mehr als zwei Drittel erwerbstätigen Bevölkerung die Aufzucht und der Ausbau einer für die gesamte Welt vorbildlichen sozialen Geseßgebung in Zeiten größter materieller und seelischer Not nicht ein Werk, das uns bei allem berechtigten und schöpferischen Willen zur Kritik mit Stolz zu erfüllen vermag?

Man verleihe recht, Mißstände sollen nicht entschuldigt, Unzulänglichkeiten nicht vertuscht und Fehlleistungen, auch dort wo sie von unseren Genossen kommen, nicht beschönigt werden. Aber über der Kritik im einzelnen wäre es geradezu verberdlich, zu glauben, daß wir in Deutschland nicht Einrichtungen zu verteidigen haben, die — von den in den letzten Jahren erfolgten Schöpfungen der Partei, der Gewerkschaften und Genossenschaften gar nicht zu reden — es verlangen können, daß wir uns für sie einsetzen, in jeder Form, die die Stunde gebietet. Das, was es zu verteidigen gilt, ist dieser junge, unvollkommene, aber vor unserem Auge sichtbare, aus allen Bedrücknissen herauswachsende Staat der deutschen Arbeit...

von der höheren Schule durch die Art ihres Bildungszieles und durch ihre hierdurch bedingte andere geartete Arbeit. Stolz übt an der bisherigen Prüfungsordnung (vom 1. Juli 1901) scharfe Kritik. Insbesondere betont er die Schwächen der autodidaktischen Vorbildung, besonders hinsichtlich pädagogischer Theorie und Praxis. Er spricht geradezu von Unmöglichkeit dieses Zustandes. Auf S. 36 ff. stellt Verfasser die Forderungen aus der bisherigen Prüfungsordnung den wahrscheinlichen künftigen Forderungen gegenüber. Es handelt sich hier vermutlich um Veröffentlichungen aus dem Referatentwurf. Die Anforderungen sind ganz erheblich gestiegen, was zu beachten ist, wenn man an den Weg und die nur kurze Zeit denkt, die künftig für die Vorbereitung zum Mittelschullehrereexamen führen werden.

Bis hier, wird auch in Zukunft der Mittelschullehrerstand sich fast durchweg aus ehemaligen Volksschullehrern rekrutieren. Aber: Volksschullehrer- und Mittelschullehrerbildung sind in Ziel und Richtung grundtätig verschieden. Daher fordert Verfasser "Institutionen, innerhalb derer Universität (Technische Hochschule) und Pädagogische Akademie in angemessener Arbeitsleistung die mit der Mittelschullehrerbildung in sachwissenschaftlicher wie pädagogischer Hinsicht verbundenen Aufgaben" übernehmen. Verfasser schwebt als Möglichkeit der Vorbildung Kurse (Studiengänge) vor ähnlich denen, die vor dem Kriege für die Seminarlehrer eingerichtet worden waren. Das bedeutet, daß die Lehrer, die einen solchen "Studiengang" abschließen, sich bezüglich ihres Aufstieges in einer Sachlage befinden. Die Laufbahn, die dem Studienrat offen steht, ist ihnen verschlossen. Trotz der vier Semester Akademie und der vier Semester Mittelschulstudienang ist die Promotion auf Grund der Studien unmöglich. Auf einen Zugang zur Mittelschullehrerprüfung von der Universität her wird nicht zu rechnen sein; denn wer sechs Semester reguläres Studium hinter sich hat, wird auch zwei weitere Semester wirtschaftlich durchhalten, um zum Beiramt für die höheren Schulen zu gelangen, keinesfalls aber nach sechs Semestern noch zwei Semester an die Pädagogische Akademie geben, um nach Ablegung von zwei pädagogischen Prüfungen (getrennt durch zwei Jahre Praxis) schließlich mäßig begabter Mittelschullehrer zu werden.

Nach Stolze ist die Mittelschule keine Ständeschule, wenn er auch zugibt, daß bei der 1926 erfolgten Umgestaltung der "höheren Mädchen Schulen" in Mittelschulen ihnen die alte Bezeichnung gelassen wurde, und zwar deshalb, weil sie sonst ein gut Teil ihrer Anziehungskraft verloren hätten. Von allgemeinem Interesse ist die Erörterung des Problems der Volksschulaufbauklassen. "Aufbauen" hält Stolze in Übereinstimmung mit der 20. Generalversammlung des V. D. Lehrerinnenvereins nur da für berechtigt, wo dem Volksschüler andere Möglichkeiten des Aufstieges nicht offen stehen. Stolze zitiert die Ansicht der genannten Generalversammlung, daß die Abzweigung nach dem sechsten Schuljahr für die Volksschule an sich keine Hilfe ist, sondern eine weitere Verarmung und Degradierung des Hauptzuges darstellt. Die Volksschule ist in den vier oberen Jahrgängen demnach eine "Armenische" im spezifischen Sinne geworden. Die vom Verfasser gegebene Uebersicht über die Berechtigungen des Schulzeugnisses der Mittelschulen dürfte vielen überaus willkommen sein. Dr. Otto Seeling.

